

Hier wird das richtige Format des Newsletters angezeigt.



Liebe Leserinnen und Leser,

der Mai hatte es wirklich in sich: Der Bundesparteitag, die weiterhin ungeklärte Lage im Nahen Osten sowie die Frage, wie ernst es Europa eigentlich mit seinen eigenen Grundrechten nimmt.

Auch in Deutschland wird immer deutlicher, dass die Bundesregierung auf viele drängende Fragen unserer Zeit keine überzeugenden Antworten hat. Statt mutiger Reformen erleben wir eine Koalition, die schon nach kurzer Zeit erschöpft wirkt und sich vor allem mit sich selbst beschäftigt. Dabei bräuchte es gerade jetzt eine Politik, die Orientierung gibt, Probleme klar benennt und endlich ins Handeln kommt.

Dass laut einer Allensbach-Umfrage 24 Prozent der Menschen sagen, es brauche die FDP, ist deshalb mehr als eine Momentaufnahme. Es zeigt: Es gibt in Deutschland weiterhin ein Bedürfnis nach einer liberalen Kraft, die nicht nach links oder rechts ausweicht, sondern aus der Mitte heraus für Freiheit, Rechtsstaat, wirtschaftliche Vernunft und gesellschaftliche Offenheit eintritt. Gerade angesichts einer Bundesregierung, die zu wenig auf die Reihe bekommt, und einer AfD, die mittlerweile in nahezu allen Umfragen anführt, braucht es eine FDP. Auf dem Bundesparteitag wollen wir deshalb den Weg für die liberale Zukunft Deutschlands ebnen.

Auch auf europäischer Ebene stellen sich große Fragen: Wie vertreten wir unsere Interessen selbstbewusst zwischen Trump, Xi und Putin? Wie bleibt Europa handlungsfähig, ohne seine Werte preiszugeben? In Israel geht es um demokratische Erneuerung unter schwierigsten Bedingungen. Und bei meiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zeigt sich einmal mehr: Freiheit bleibt nur dann stark, wenn man bereit ist, sie auch im konkreten Fall zu verteidigen.

Viel Spaß beim Lesen!

FDP vor dem Bundesparteitag: Jetzt zählt mehr als nur Personal

Für uns Freie Demokraten waren die letzten Monate wirklich nicht einfach.

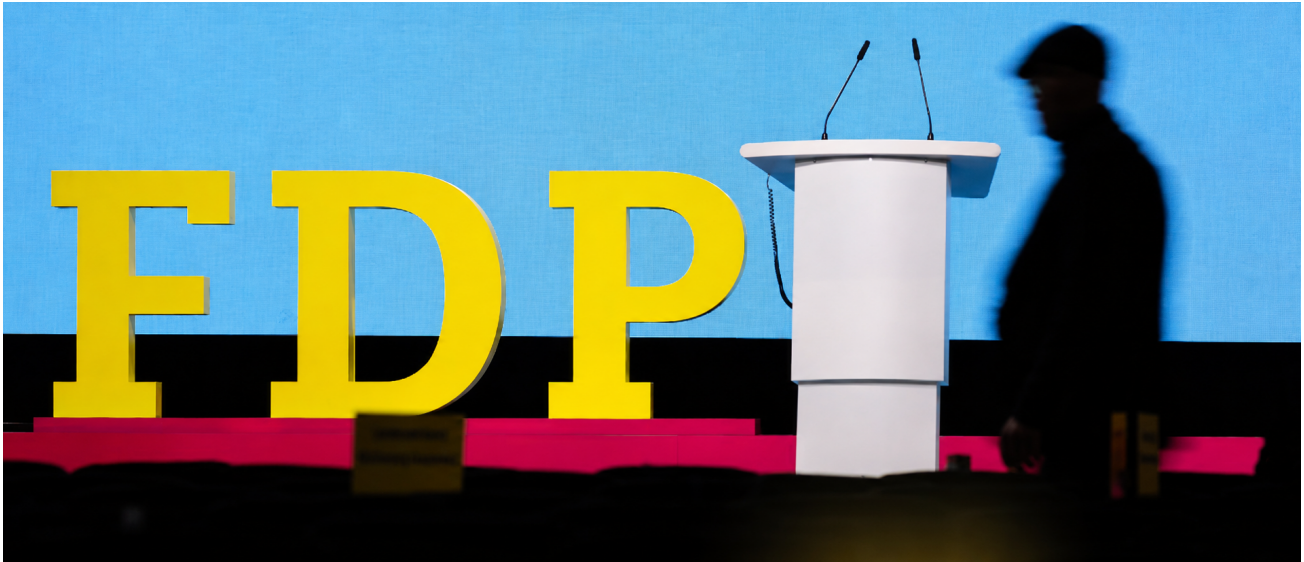
Wer so tut, als könne man nach Niederlagen, Vertrauensverlust und internen Debatten einfach zur Tagesordnung übergehen, macht es sich zu leicht. Die FDP steht vor einem Bundesparteitag, der mehr sein muss als ein organisatorischer Pflichttermin. Er muss ein Moment der Einigkeit werden.

Wolfgang Kubicki und Henning Höne haben entschieden, nicht gegeneinander anzutreten, sondern gemeinsam Verantwortung zu übernehmen: Kubicki als Kandidat für den Bundesvorsitz, Henning Höne als Stellvertreter. Das ist ein wichtiges Signal, nicht, weil damit plötzlich alle Probleme gelöst wären, sondern weil es zeigt: Diese Partei hat verstanden, dass sie sich keine weitere Selbstbeschäftigung mehr leisten kann.

Ich kenne Henning aus Nordrhein-Westfalen sehr gut, ich weiß, wie ernst er diese Aufgabe nimmt. Und ich weiß auch, wie sehr viele Mitglieder gerade darauf hoffen, dass die FDP wieder klarer, mutiger und erkennbarer wird. Denn genau darum geht es jetzt.

Nicht um die Frage, wer in welchem Organigramm an welcher Stelle steht, sondern darum, ob die FDP wieder eine Partei wird, bei der die Menschen sofort spüren: Die meinen das ernst, mit Freiheit, wirtschaftlicher Vernunft, Aufstieg, Bürgerrechten und mit einem Staat, der funktioniert, aber nicht alles beherrschen will.

Wolfgang Kubicki steht für Streitlust, Erfahrung und eine Sprache, die nicht nach Pressestelle klingt. Das kann helfen. Aber es reicht nicht, nur lauter zu werden, wir müssen auch wieder präziser werden. Die FDP darf nicht versuchen, eine kleinere Version von allem zu sein. Ein bisschen Union, ein bisschen SPD, ein bisschen Zeitgeist, ein bisschen Protest. Das funktioniert nicht. Der Bundesparteitag wird also nicht der Endpunkt einer Debatte sein, er muss ihr Neuanfang sein. Das wird unbequem, aber vielleicht ist genau das gerade nötig.



Xi, Trump und Putin: Europa darf nicht länger Zuschauer sein

Es gibt Momente, in denen Europa merkt, dass die Welt nicht darauf wartet, bis wir fertig diskutiert haben. Trump erhöht den Druck mit Zöllen. Xi und Putin rücken demonstrativ enger zusammen und Europa steht wieder vor der Frage, ob es nur reagiert oder endlich selbstbewusst gestaltet.

Zu oft wirken wir noch so, als würden wir hoffen, dass sich alles irgendwie beruhigt. Dass Trump am Ende schon nicht ganz so hart meint, was er sagt. Dass China schon nicht zu aggressiv wird. Dass Russland irgendwann von allein innehält. Dass Handelspolitik wieder so funktionieren wird wie früher. Aber diese Welt gibt es nicht mehr.

Der Handelsdeal zwischen der EU und den USA ist deshalb kein romantischer Moment transatlantischer Freundschaft. Es ist eher ein Versuch, Schlimmeres zu verhindern. Stabilität ist in diesen Zeiten schon ein Wert an sich. Trotzdem darf Europa nicht den Fehler machen, Stabilität mit Unterordnung zu verwechseln.

Wenn Trump mit Zöllen Politik macht, muss Europa verhandeln können, aber auch kontern können. Wer am Tisch ernst genommen werden will, darf nicht aussehen, als sei er froh, überhaupt eingeladen worden zu sein.

Gleichzeitig zeigt der modernisierte Handelsvertrag zwischen der EU und Mexiko, wohin die Reise gehen muss: Europa braucht mehr Partner, mehr Diversifizierung, mehr strategische Breite. Nicht als Abkehr von den USA, sondern als Absicherung gegen eine Welt, in der Verlässlichkeit nicht mehr selbstverständlich ist.

Denn während wir über Zölle verhandeln, baut China seine Macht weiter aus. Xi Jinping denkt nicht in Legislaturperioden. Er denkt in Jahrzehnten und nutzt Abhängigkeiten, Rohstoffe und Märkte als politische Instrumente. Während für Putin jede westliche Spaltung ein Geschenk ist.

Europa muss deshalb aufhören, jede Krise einzeln zu betrachten. Trump, Xi und Putin sind keine getrennten Kapitel, sondern Teil derselben neuen Realität: Machtpolitik ist zurück, und sie richtet sich auch an uns.



Haushalt, Klima, Rechtsstaat: Europa muss liefern

Erwachsenwerden heißt für Europa auch, die eigenen Prioritäten ehrlich zu sortieren. Ich habe dem Haushaltskompromiss im EU-Parlament deshalb nicht zugestimmt, weil mehr Schulden, neue EU-Steuern und mehr Bürokratie keine Antwort auf Europas Wirtschaftskrise sind. Während die USA und China auf Innovation, Tempo und Wettbewerbsfähigkeit setzen, diskutiert Brüssel über neue Abgaben auf digitale Dienste, Krypto und Unternehmen. Darüber habe ich mit der *Börsen-Zeitung* gesprochen und ebenfalls im *phoenix-Europatalk* diskutiert. Für mich ist klar: Europa braucht einen Haushalt, der Zukunft ermöglicht. Aber Europa muss lernen, mit dem Geld auszukommen, das es hat, statt Bürger und Wirtschaft immer weiter zu belasten.

Dasselbe gilt für die Klimapolitik. Klimaschutz ist notwendig, aber er wird nicht dadurch besser, dass Deutschland sich immer neue nationale Sonderziele setzt, die am Ende kaum zusätzliche Wirkung entfalten, aber Wirtschaft und Bürger weiter überfordern. In meiner Anfrage an die Europäische Kommission, über die die *WELT AM SONNTAG* berichtet hat, habe ich deshalb nachgefragt, wie sinnvoll das deutsche Ziel ist, bereits 2045 klimaneutral zu sein. Die Antwort ist bemerkenswert: Die Kommission hält diesen nationalen Alleingang nur für begrenzt sinnvoll. Denn wenn Deutschland früher klimaneutral wird, können andere Mitgliedstaaten im

Gegenzug länger brauchen. Dem Klima ist damit wenig geholfen.

Das sollte uns zu denken geben. Europa braucht wirksamen Klimaschutz, der technologieoffen, marktwirtschaftlich und international anschlussfähig ist. Glaubwürdigkeit braucht Europa aber nicht nur beim Klima und beim Geld, sondern auch bei sich selbst. Deshalb habe ich im *Deutschlandfunk* zum Fall der Europaabgeordneten Niebler deutlich gemacht: Wer Rechtsstaatlichkeit von anderen einfordert, darf im eigenen Parlament nicht den Eindruck erwecken, dass für Abgeordnete andere Maßstäbe gelten.



Israel vor Neuwahlen: Demokratie im Ausnahmezustand

Israel ist ein Land, über das in Europa oft sehr schnell gesprochen wird. Manchmal zu schnell und mit einer Selbstgewissheit, die der Lage nicht gerecht wird.

Die Knesset hat den Weg für Neuwahlen eröffnet. Politisch ist das ein Einschnitt, weil nach Monaten des Krieges und der inneren Spannungen die Frage im Raum steht, wer dem Land wieder Vertrauen geben kann.

Denn Israel diskutiert nicht in normalen Zeiten über seine Zukunft. Das Land steht weiterhin unter dem Eindruck des 7. Oktober, unter dem Druck des Krieges, unter der Bedrohung durch Hamas, Hisbollah und das iranische Regime. Familien warten auf Antworten, viele warten auf Angehörige, andere trauern. Die Gesellschaft sucht

nach Sicherheit, nach Vertrauen und viele Menschen auch nach einem politischen Neuanfang.

Dahinter steht die große Herausforderung, wie eine Demokratie zu sich selbst zurückfindet, während sie gleichzeitig um ihre Sicherheit kämpfen muss.

Ich sage sehr klar: Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Dieses Recht ist nicht verhandelbar. Wer nach dem 7. Oktober so tut, als könne Israel einfach zur Normalität zurückkehren, hat nicht verstanden, was dieser Terrorangriff bedeutet hat.

Gleichzeitig muss Kritik an konkreter Regierungspolitik möglich bleiben. Wer das Verhalten Itamar Ben-Gvir gegenüber Aktivisten der Gaza-Hilfsflottille kritisiert, stellt damit nicht Israels Existenzrecht infrage. Im Gegenteil: Gerade weil Israel eine Demokratie ist, müssen rechtsstaatliche Maßstäbe auch dann gelten, wenn die Lage schwierig ist.

Denn ganz gleich, wie man zur Gaza-Hilfsflottille steht: Zu einer Demokratie wie Israel passt es nicht, Menschen öffentlich vorzuführen. Solche Inszenierungen kennt man aus autoritären Staaten. Sie beschädigen Israel und erschweren den Kampf gegen Antisemitismus, weil sie jenen Bilder liefern, die ohnehin jedes Fehlverhalten der Regierung gegen das ganze Land wenden wollen.

Genau diese Klarheit braucht Europa: an der Seite Israels stehen, sein Recht auf Sicherheit verteidigen und zugleich rechtsstaatliche Maßstäbe und politische Verantwortung nicht aus dem Blick verlieren.



Meine Klage: Freiheit verteidigt sich nicht von allein

Die Verteidigung der Bürgerrechte gehört zur DNA der Freien Demokraten. Das ist kein Satz fürs Grundsatzprogramm, sondern ein Auftrag, gerade dann, wenn der Staat mit neuen technischen Möglichkeiten immer tiefer in Freiheitsrechte eingreifen kann.

Deshalb habe ich gemeinsam mit den Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion NRW und Marie-Agnes Strack-Zimmermann Verfassungsbeschwerde gegen zentrale Teile des neuen NRW-Verfassungsschutzgesetzes erhoben. Dieses Gesetz von CDU und Grünen geht aus meiner Sicht deutlich zu weit.

Natürlich muss der Rechtsstaat Extremismus, Terrorismus und Spionage entschlossen bekämpfen können. Aber er darf dabei nicht seine eigenen freiheitlichen Grundlagen preisgeben. Genau diese Balance gerät hier aus dem Lot.

Es geht unter anderem um den Einsatz von KI durch den Verfassungsschutz, um weitreichende Zugriffe auf Videoüberwachung, um den Schutz von Berufsgeheimnisträgern und um die mögliche Überwachung von Kontaktpersonen. Anders gesagt: Es geht nicht um eine juristische Kleinigkeit, sondern um die Frage, wie viel Misstrauen der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern eigentlich entgegenbringen darf.

Für mich ist klar: Wer sich nichts zuschulden kommen lässt, darf nicht unter Generalverdacht geraten. Sicherheit ist wichtig. Aber Sicherheit ohne Freiheit ist kein liberaler Rechtsstaat.

Deshalb ziehen wir nach Karlsruhe. Nicht aus Trotz, sondern aus Überzeugung.

Weil Bürgerrechte nicht erst dann verteidigt werden dürfen, wenn es bequem ist. Sondern gerade dann, wenn es unbequem wird. Weiteres hierzu lesen Sie hier im *WDR-Onlineartikel*.



Die Neuaufstellung der FDP ist die Frage, ob liberale Politik in Deutschland wieder eine hörbare Stimme bekommt. Die Handelskonflikte mit Trump, die Nähe zwischen Xi und Putin und der Deal mit Mexiko zeigen, dass Europa seine Rolle in der Welt neu definieren muss. Die Neuwahlen in Israel und die Lage im Iran erinnern uns daran, dass Demokratie und Sicherheit keine Selbstverständlichkeiten sind. Und meine Klage zeigt mir persönlich einmal mehr: Freiheit bleibt nur dann lebendig, wenn man bereit ist, für sie zu streiten. Vielleicht ist genau das die Botschaft dieses Monats.

Wir leben in einer Zeit, in der Wegducken verführerisch einfach wirkt. Aber Wegducken löst nichts, nicht in der FDP, nicht in Europa, nicht im Nahen Osten und auch nicht vor Gericht. Wir müssen hinschauen, streiten, entscheiden und Verantwortung übernehmen.

Danke, dass ihr euch die Zeit für meinen Newsletter genommen habt.

Wir lesen uns im Juni wieder.

Euer Moritz



renew europe.

Moritz Körner MEP

Rue Wiertz 60

B-1047 Bruxelles

moritz.koerner@ep.europa.eu

Want to change how you receive these emails?

You can [update your preferences](#) or [unsubscribe](#)